

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 33 (1953-1954)

Heft: 4

Artikel: Die Sozialisierung in Norwegen

Autor: Hoff, Trygve J.B.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160190>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE SOZIALISIERUNG IN NORWEGEN

VON TRYGVE J. B. HOFF

Es ist dem Autor schwer gefallen, diese Abhandlung zu schreiben, und er wünscht, eine Erklärung für sein Widerstreben abzugeben.

Der Verfasser hat seit seinen Studentenjahren die Probleme des Sozialismus studiert. Die Sympathie, die er anfänglich für ihn empfand, ist einer starken Skepsis gewichen im Hinblick auf die kulturellen und wirtschaftlichen Folgen des Sozialismus.

Es ist nicht angenehm, sein eigenes Land und dessen Politik vor einem ausländischen Publikum zu kritisieren, und der Verfasser hat sich bemüht, das Thema kühl und objektiv zu behandeln und seine Skepsis zu unterdrücken. Er fürchtet jedoch, dies sei ihm nicht sehr gut gelungen.

Definition

Sozialisierung ist ein unbestimmter, nebelhafter Ausdruck, ebenso wie Sozialismus. Die meisten modernen Sozialisten definieren den Sozialismus, indem sie auf Lebensbedingungen hinweisen, die jedermann als wünschenswert ansieht. Solche Darstellungen sind als Definitionen wertlos. Eine Definition muß einen allgemeinen Begriff einschränken und jene Kriterien hervorheben, die ihn von anderen allgemeinen Begriffen der gleichen Kategorie unterscheiden. Die folgende Definition ist sowohl von den Befürwortern wie von den Gegnern des Sozialismus angenommen worden. *Sozialismus bedeutet: 1. die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und 2. zentralisierte staatliche Lenkung der Industrie, des Handels und Gewerbes.*

Diese Definition ist nicht so klar und unzweideutig wie es scheinen möchte, weil die Besteuerung und andere Einrichtungen das Recht auf Privateigentum untergraben, ja sogar ausmerzen können, selbst wenn dieses Eigentum auf dem Papier noch existiert.

Norwegische Industrien, die im Staatsbesitz sind

Die norwegische Industrie ist formell nicht sozialisiert oder verstaatlicht. Das Telegraphenwesen und die Eisenbahnen sind Staatseigentum; das war aber in Norwegen immer so. Nur wenige Europäer betrachten das Bestehen des staatlichen Eigentums an Telegraphenlinien und Eisenbahnen als ein Ergebnis der Sozialisierung, und doch muß man zugeben, daß dies ein Schritt in dieser Richtung ist.

Schon vor dem Krieg bestanden in Norwegen Staatsmonopole für 1. Korn und 2. Weine und gebrannte Wasser. Nach dem Krieg hat die sozialistische Regierung zwei weitere Monopole errichtet: 3. für Medikamente und 4. für Fischereiausrüstungen, Netze und Zubehör.

Seit dem Krieg hat die sozialistische Regierung auch versucht, Aktien privater Gesellschaften zu erwerben. Die Gelegenheit dazu war nach dem Krieg sehr günstig, als das während der Besetzung erworbene deutsche Eigentum an norwegischen Gesellschaften konfisziert wurde, als Teil der Kompensation für die Kriegsverluste. Auf diese Art ist der Staat der größte Aktionär der größten Gesellschaft Norwegens geworden, der «Norsk Hydro» (einer Nitrat-Gesellschaft).

Die Regierung ist aber noch weiter gegangen als zur Übernahme deutschen Eigentums als Kriegsentschädigung. Am 1. Juni 1952 war der Staat Eigentümer von Aktien bei 77 Gesellschaften und besaß die Aktienmehrheit bei 41 Gesellschaften. Das totale Aktienkapital dieser 77 Gesellschaften belief sich auf 496 Mio Kronen, von denen der Staat 344 Mio besaß. Als Vergleich diene das totale Aktienkapital aller norwegischen Aktiengesellschaften, das auf 3 Milliarden Kronen berechnet wird.

Der staatliche Kapitalbesitz ist größer als die Zahlen angeben, auch wegen der indirekten Unterstützung und der Bevorzugung, welche die staatseigenen Gesellschaften genießen.

Mit der (einstimmigen) Billigung des Storting hat die Regierung mit dem Bau eines großen Eisenwerks begonnen, dem «Statens Jernverk», dessen Kosten auf 271 Mio Kronen berechnet werden, das aber tatsächlich dreimal so teuer zu stehen kommt (Aktienkapital 45 Mio Kronen). Das darf als sozialistisches Unternehmen bezeichnet werden, nicht weil der Staat Eigentümer ist, sondern weil es die privatwirtschaftliche Voraussetzung nicht erfüllt, rentieren zu sollen. Selbst nach vorläufigen Schätzungen werden die Kosten nur in Hochkonjunkturzeiten gedeckt werden können, und in Normaljahren und Krisenzeiten werden Defizite entstehen.

Begrenzung der Dividenden

Die Labourregierung hat weitere Praktiken eingeführt, die Norwegen noch näher an den Sozialismus gebracht haben. Eine solche ist die Beschränkung der Dividenden. Es wurde die allgemeine Regel aufgestellt, daß keine Aktiengesellschaft mehr als 5% Dividenden auszahlen darf. Die Ergebnisse sind in einigen Fällen so sinnwidrig, daß Ausnahmen bewilligt werden, aber die allgemeine Regel lautet, daß eine Ausnahme nicht bewilligt wird, wenn die 5% Dividende mehr als 3,5% des Eigenkapitals ausmacht (*Aktienkapital plus Reserven*). Eine Auswirkung dieser Beschränkung ist, daß die Aktien tatsächlich keinen Anteil am Gesellschaftsvermögen mehr verkörpern, das heißt keine wirklichen Sachwerte mehr sind, sondern nur noch Nominalwerte, etwa in der Art von Obligationen.

Zieht man das Risiko in Betracht, das mit dem Charakter gewisser norwegischer Industrien verbunden ist, wie etwa der Walfischfängerei, der Schiffahrt und der Zucht von Pelztieren, so muß natürlich eine Beschränkung der Dividenden das Angebot an Kapital verringern. Dies ist auch bereits der Fall. Die Zahl der Aktiengesellschaften hat sich bereits drastisch vermindert. Eine dauernde Beschränkung der Dividenden bedeutet natürlich die dauernde Abschaffung des Rechts des Aktionärs auf Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Man kann noch hinzufügen, daß die meisten Großunternehmen in Norwegen Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftung sind. Einige prominente Juristen behaupten, daß die norwegischen Aktiengesellschaften, vom praktischen Gesichtspunkt aus gesehen, bereits sozialisiert seien. Zur Beschränkung der Dividenden kommt noch hinzu, daß es verboten ist, über die Gesellschaftsreserven frei zu verfügen. Auch die Auflösung von Gesellschaften ist aus dem gleichen Grunde untersagt, nämlich um die indirekte Ausschüttung von Dividenden zu verunmöglichen.

Beschränkung der Saläre der Gesellschaftsfunktionäre

Die finanziellen Vorteile aus dem Eigentum an Produktionsmitteln sind ebenfalls auf andere Art herabgesetzt worden. Bis zum 15. Januar 1953 gab es eine oberste Grenze für die Saläre. Es stand nie klar fest, wie hoch das Maximum war, und das entsprechende Gesetz ist nicht mehr in Kraft.

Es ist immer noch untersagt, den Funktionären einer Gesellschaft (den Mitgliedern der Direktion und den Delegierten) höhere Löhne zu zahlen als im Jahre 1940. Da der Index der Engrospreise auf 276 steht, und der offizielle Lebenskostenindex auf 222%

(1938 = 100), kann diese obere Begrenzung kaum aufrechterhalten werden, obwohl sie heute noch gilt.

Die Hauseigentümer sind gezwungen worden, die Vorkriegsmieten um 10% herabzusetzen. Es ist eine Frage der Definition, ob Wohnhäuser zu den Produktionsmitteln gerechnet werden können; aber dieser Beschuß hat auf jeden Fall dazu geführt, daß es, vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet, nicht mehr interessant ist, Hauseigentümer zu sein.

Abgaben, Subventionen und Schutz der Kleinproduzenten

Die finanziellen Gewinne der Kapitaleigentümer sind weiter unterhöht worden, weil das Preiskontrollamt befugt ist, spezielle Abgaben von jeder Industriebranche und jedem Geschäft zu erheben, ob es sich um Gesellschaften handelt oder nicht. Diese Abgaben werden zum Teil zur Herabsetzung der Preise irgendwelcher Produkte verwendet, die das Preisdirektorium subventionieren will. Die zu diesem Zweck erhobenen Abgaben und die Subventionen, die über das Staatsbudget ausbezahlt werden, sind jetzt so hoch, daß sie der Totalsumme der direkten Steuern gleichkommen.

Das Preisdirektorium hat auch das Recht, Profite zu konfiszieren, um Firmen zu subventionieren, die nicht rentieren, seien es solche der gleichen Branche oder andere Geschäftszweige. Das ist das genaue Gegenteil der Konkurrenz. Die Kleinproduzenten werden nicht nur nicht eliminiert, sondern werden aus den Gewinnen der gutgeleiteten Firmen subventioniert.

Steuern

Da nach der norwegischen Verfassung nur das Parlament (Storting) das Recht hat, Steuern festzusetzen, ist behauptet worden, diese vom Preisdirektorium erhobenen Abgaben seien verfassungswidrig. Der oberste Gerichtshof hat jedoch vor einigen Monaten entschieden, daß diese erwähnten Abgaben keine Steuern und deshalb nicht verfassungswidrig seien.

Die Geschäftsgruppen, die das gesetzlich begründete Recht des Preisdirektoriums zur Erhebung dieser Abgaben bestritten, waren die Walfischfänger-Gesellschaften. Für sie handelte es sich eher um eine grundsätzliche Frage als um eine Geldangelegenheit, da das Schatzamt ihnen das Geld auch ohnedies abgenommen haben würde. Die Gesellschaftssteuern schwanken in Norwegen zwischen 60 und 70%, aber Einzelpersonen können bis zu 100% besteuert werden. Früher war die maximale Einkommenssteuer 95%; sie ist kürzlich auf

90% herabgesetzt worden. Da sich jedoch diese Beschränkung nur auf die staatliche Einkommenssteuer bezieht, kann sie in gewissen Fällen eine 100%ige Einkommenssteuer nicht verhindern. Nach der obigen Definition bedeuten hohe Steuern nicht wirklichen Sozialismus, aber jene, die ihr ganzes Einkommen in Steuern bezahlen, sind der Ansicht, Privateigentum sei unter solchen Umständen eine Illusion.

Dazu kommen noch andere Tendenzen, die das Eigentum an Produktionsmitteln aushöhlen und die daher Norwegen in die Nähe der vollständigen Sozialisierung gebracht haben.

Staatliche Einmischung

Eigentum bedeutet nicht nur das Recht auf finanziellen Gewinn. Eigentum heißt auch Verfügungsrecht und Anspruch auf Leitung und Führung. Dieses Recht ist in Norwegen ernstlich in Frage gestellt infolge der weitgehenden staatlichen Einmischung in Handel, Gewerbe und Industrie. Als die führenden sozialistischen Wirtschaftler in den Dreißigerjahren dieses Jahrhunderts die bevorstehende Umwandlung der norwegischen Gesellschaft planten, behaupteten sie, die Sozialisierung sei ohne formelle Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durchführbar. Es wurde als genügend betrachtet, daß der Staat sich das Verfügungsrecht sichern sollte. Dabei hatten sie vollkommen recht.

Die Eigentümer und Direktoren haben immer noch formell die Befehlsgewalt inne, aber es gibt tatsächlich nur wenige Entscheidungen, die sie selbst fällen können, ohne Bewilligung von Departementen und Direktorien. Sie können ohne besondere Bewilligung weder importieren noch exportieren. Abschlüsse in fremden Währungen unterstehen Reglementen, und die Bareinnahmen in fremden Währungen müssen der Zentralbank zu den offiziellen Devisenkursen verkauft werden. Diese liegen unter den auf freien Märkten geltenden Devisenkursen.

Die Schiffseigentümer dürfen weder bauen noch Schiffe vom Ausland kaufen oder dorthin ohne Bewilligung verkaufen, und sie sind sogar gezwungen worden, ihre ausländischen Devisenguthaben in norwegische Kronen zu konvertieren, Guthaben, die sie von ausländischen Versicherungsgesellschaften für im Krieg verlorene Schiffe erhalten haben. Dieser Transfer (der beiläufig dazu beigetragen hat, die Inflation in Norwegen zu fördern) hat dazu geführt, daß die Schiffseigentümer hohe Zinsen für Darlehen zu bezahlen haben, die sie gezwungenermaßen bei ausländischen Reedern aufnehmen mußten, während sie wenig oder keinen Zins für ihre Guthaben in norwegischen Kronen erhalten.

Die norwegische Handelsflotte, die im Krieg fast 50% ihres Bestandes verloren hat, ist wieder aufgebaut worden; aber die Schiffseigentümer behaupten, daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch die Weigerung der Regierung verringert worden sei, sie bauen zu lassen wann und in welchem Umfang sie dies wünschten. Von Ende 1948 bis Ende 1950 bestand tatsächlich ein Schiffbauverbot, das die Reeder etwa eine Milliarde Kronen kostete und dazu den unwiederbringlichen Verlust wichtiger Märkte.

Umfassende und ins Einzelne gehende Preisregulierung

Die Freiheit der Lenkung und Führung in der Industrie und im Gewerbe ist noch weiter beschnitten worden. Zu den übrigen Schwierigkeiten, die dem Export und Import in den Weg gelegt worden sind, kommt die Tatsache hinzu, daß der Handel sich nur zu den von den Preiskontrollämtern festgesetzten Preisen abwickeln darf. Die «Pristidende» (von den Preiskontrollämtern herausgegebenes Organ) hat offizielle Preise für etwa hunderttausend verschiedene Waren und Qualitäten festgesetzt. Für Fensterrahmen allein gibt es 721 verschiedene Preise, und die Einzelangaben sind dermaßen detailliert, daß sogar Zimmerleute und Baufachleute vor Rätsel gestellt werden.

Verbot neuer Geschäftsgründungen

Die Handels- und Gewerbefreiheit und das Recht auf Führung von Geschäften sind durch das von den Preiskontrollämtern verhängte Verbot neuer Geschäftsgründungen ohne Bewilligung weiter eingeschränkt worden. In gewissen Gewerben werden Geschäftsgründungen auch durch Devisenvorschriften verhindert. Der Fabrikbau und Lagerhausbau ist ohne Spezialbewilligung ebenfalls untersagt.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß die Eigentümer der Produktionsmittel zwar immer noch ihre eigenen Herren sind, aber ihr Tätigkeitsgebiet und ihre Entscheidungsgewalt sind so stark beschränkt worden, daß viele das Gefühl haben, sie seien praktisch Beamte.

Zentrale Leitung der Wirtschaft

Die staatliche Einmischung ist in Norwegen sicher eine sehr weitgehende; sie entspricht jedoch noch nicht dem zweiten Kriterium des Sozialismus, denn Handel und Produktion werden nicht zentral geleitet. Es ist fraglich, ob sie je so gelenkt werden können,

solange Norwegen vom Auslandshandel abhängig bleibt, aber man kann nicht bestreiten, daß die Regierung den Versuch gemacht hat, eine zentral gelenkte Wirtschaft ins Leben zu rufen. Selbst wenn das sogenannte Nationale Budget Schritt für Schritt zu bloßen Prognosen und Informationsberichten degradiert worden ist, war seine ursprüngliche Rolle doch die, ein «Programm für die gesamte nationale Wirtschaft» aufzustellen, und der Ministerpräsident hat kürzlich bestätigt, das Ziel sei die Sozialisierung.

Ergebnisse

Es liegt außerhalb des Bereichs dieser Abhandlung, den Folgen der Sozialisierungstendenzen in Norwegen nachzuspüren und sie zu werten. Aber es ist natürlich, daß der Leser fragen wird, wie die Ergebnisse ausgefallen sind.

Es ist noch zu früh, ein endgültiges und folgerichtiges Urteil zu fällen. An erster Stelle muß gesagt werden, daß die Regierung und das Preisdirektorium die ihnen durch das zeitlich begrenzte Preisgesetz übertragenen *Vollmachten* nicht restlos ausgenützt haben. Das ist auch offen zugegeben worden. Es mag sein, daß sie zuerst die Umwandlung in das Dauergesetz abwarten wollen.

Zweitens hat sich das sozialistische Experiment unter *außergewöhnlichen Bedingungen* abgewickelt. Nach dem Krieg hat Norwegen, im ganzen gesehen, den Vorteil gehabt, dank der internationalen Hochkonjunktur sehr günstige Handelsbedingungen vorzufinden. Auch hat Norwegen von der großzügigen Marshall-Hilfe profitiert. Nach Erik Brofoss, einem Mitglied der Regierung, wäre Norwegen ohne diese Hilfe in eine Krise geraten. Schließlich sind Preise und Löhne infolge der Inflationstendenzen in der norwegischen Wirtschaft fortwährend gestiegen. Solange die Inflation weitergeht, scheint alles in rosigem Licht.

Es gibt aber auch allgemeine Gründe, weshalb Vorsicht am Platze ist. Die Folgen jeder Wirtschaftspolitik sind schwer abzuschätzen, weil die Kausalzusammenhänge auf dem wirtschaftlichen und politischen Gebiet ungewiß sind. Andere Faktoren können die Wirkungen der in Frage stehenden Politik entweder verstärkt oder abgeschwächt oder neutralisiert haben. Man kann nie wissen, was hätte geschehen können, wenn man eine andere Politik verfolgt haben würde.

Ziele

Schließlich hängt die Frage, ob eine gewisse Wirtschaftspolitik vernünftig sei — das gilt übrigens für jedes menschliche Handeln —, von den Zielen ab, die verfolgt werden. Gewisse Leute scheinen die

Sozialisierung als Selbstzweck zu betrachten. Nicht so die norwegische Labour-Regierung. Sie hat ganz klar festgestellt, welches ihre Ziele sind: 1. Vollbeschäftigung, 2. Ausgleich zwischen Einkommen und Kapital, 3. erhöhte Produktivität und damit zusammenhängend 4. ein höherer Lebensstandard.

Die Regierung hat auch betont, daß die Gesellschaft vor allem demokratisch bleiben müsse. Eine weitere fundamentale Annahme ist die, daß die Inflation vermieden werden soll.

Das erste Ziel ist bis heute ohne Zweifel erreicht worden. In Norwegen ist die Vollbeschäftigung verwirklicht. Tatsächlich kann man von Übervollbeschäftigung sprechen. Anderseits brauchte man kaum die Sozialisierung zur Erreichung dieses Ziels. Die Notwendigkeit, wieder aufzubauen und die während fünf Jahren deutscher Besetzung und Ausbeutung nie befriedigte Nachfrage nach Kapital und Konsumgütern hatten zu einem solchen Bedarf an Arbeitskräften geführt, daß sich die Vollbeschäftigung praktisch von selbst einstellte.

Die Arbeiter-Regierung ist überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit mit der Keynesischen Taktik bekämpft werden kann. Sogar während der Hochkonjunktur ist sie ihrer Politik niedriger Zinse treu geblieben, so daß Norwegen heute noch den tiefsten Zinsfuß der Welt hat, die Schweiz ausgenommen. Kürzlich hat die Regierung eine Gesetzesvorlage eingebracht, nach welcher der Zinsfuß dauernd niedrig gehalten werden soll. Die Gründe, die zu Gunsten dieser optimistischen Auffassung angeführt wurden, sind ganz außergewöhnliche, können aber hier nicht diskutiert werden.

Die Möglichkeit, daß Arbeitslosigkeit eine Folge anderer Ursachen als bloß mangelnder Kaufkraft sein könnte (wie zum Beispiel des Verlustes von Exportmärkten infolge zu hoher Kosten und niedriger Produktivität), ist in Regierungskreisen nie ernsthaft erwogen worden. Einige leichte Anzeichen von Arbeitslosigkeit im vergangenen Frühjahr haben deshalb beträchtliche Überraschung und Bestürzung hervorgerufen.

Hinsichtlich des zweiten Ziels kann nicht bestritten werden, daß ein Ausgleich zwischen Kapital und Einkommen verwirklicht worden ist. Das Los der Wohlhabenden hat sich verschlechtert und dasjenige der am schlechtesten bezahlten Bevölkerungskreise, der Fischer und Waldarbeiter, hat sich sehr stark gebessert. Diese Besserstellung war in jedem Falle infolge der hohen Preise für Fische und Waldprodukte in der Nachkriegszeit möglich, aber es ist natürlich sehr fraglich, ob die Besserstellung wirklich ohne das Eingreifen des Staates erfolgt wäre. Die strategisch starke Stellung der Arbeiter als Folge der Überbeschäftigung macht diese Möglichkeit zur Wahrscheinlichkeit.

Nebenwirkungen

Anderseits haben die hohen Steuern, die zur Erreichung des Ausgleichs erhoben worden sind, wichtige Nebenwirkungen erzeugt. Wenn die Kapitalsteuern so hoch sind, daß kein Mensch aus dem Ertrag des Kapitals leben kann, gleichgültig wie groß dieses Kapital auch immer sei, nimmt die Spartendenz stark ab. Jene Leute, die der Ansicht sind, persönliche Ersparnisse seien vom Übel (und es gibt unter ihnen führende norwegische Planer), freuen sich darüber, aber die hohen Steuern und das Verschwinden des Sparwillens haben die Erreichung anderer Ziele verunmöglicht.

Der geringere Sparwille

Die Steuerzahler aller Einkommensstufen zeigen weniger Interesse für die Erhöhung ihres Einkommens, weil die Steueransätze sich in steiler Progression nach oben bewegen. Als Ergebnis des inflatorischen Steigens der Preise und Löhne wird heute tatsächlich jedermann von der Progression erfaßt, wenn auch das Realeinkommen gleichgeblieben ist. Wenn man sich also lieber Muße gönnnt, als Extraarbeit zu leisten, dann wird dadurch aber ein weiteres, wichtiges Ziel in Frage gestellt: der höhere Lebensstandard. Schließlich haben die hohen Steuern auch dazu beigetragen, daß in weiten Kreisen der Reduktion der Kosten auf ein Minimum keine Beachtung mehr geschenkt wird. Das muß als eine ziemlich beunruhigende Entwicklung bezeichnet werden, da unnötige Kosten für jede Gesellschaft einen Verlust bedeuten.

Falsche Lenkung der finanziellen Mittel

Eine andere Art Vergeudung ist die Folge der Politik des Preisdirektoriums, Maximalpreise für sogenannte lebenswichtige Güter festzusetzen. Das ist gleichbedeutend mit geringerem oder keinem Profit. Infolgedessen werden Arbeitskraft und Rohwaren auf die Produktion solcher Güter gelenkt, die weder die Behörden noch die Konsumenten als wichtig ansehen. Dann entsteht ein Zustand, den Professor Röpke so geschickt als «Aschenbecher-Industrien» bezeichnet hat. Angebot und Vielfalt in Aschenbechern, Reiseandenken und Lampenschirmen sind nicht zu überbieten, während dringend benötigte Waren nicht hergestellt werden.

Verlust demokratischer Rechte

Die Sozialisierungstendenzen in Norwegen haben noch andere Nebenwirkungen, die im Konflikt mit dem eigenen Regierungsprogramm stehen. Die Regierung legt Wert auf die Beibehaltung der Demokratie und der demokratischen Rechte.

Auf die zentralisierte Lenkung von Handel, Industrie und Gewerbe folgte jedoch der Verlust eines zentralen, demokratischen Rechts: der freien Warenwahl des Konsumenten. Welche Güter produziert und importiert werden sollen, wird in den meisten Fällen nicht von den Konsumenten selbst bestimmt, sondern von den Beamten in den Ministerien und Direktorien.

Ein weiteres demokratisches Grundrecht, die freie Wahl der Beschäftigung und der Arbeitsstelle, liegt bereits in der Gefahrenzone. Es ist ein «Arbeitsdirektorium» gebildet worden, und eine Gesetzesvorlage wurde angenommen, die dieser Institution das theoretische Recht der Arbeitslenkung gibt. Bis jetzt ist allerdings von diesem Recht kein Gebrauch gemacht worden, es ist aber schwer einzusehen, wie dies verhindert werden kann, wenn der Sozialismus konsequent verwirklicht werden und die Vollbeschäftigung unter ungünstigen Bedingungen weiterdauern soll.

Moralische Nebenwirkungen

Schließlich soll noch erwähnt werden, daß die Sozialisierung — oder auf jeden Fall die Mittel, die zum Zweck der Sozialisierung der Industrie verwendet wurden — auch einige bedeutsame moralische Nebenwirkungen gehabt hat.

Die erste ist das Schwinden der Achtung vor dem Gesetz. Die Gründe dafür sind die wachsende Zahl von Verordnungen und die Tatsache, daß viele praktisch undurchführbar sind, auch wenn man sich noch bemühte, ihnen nachzuleben und sie alle zu kennen.

Der Wirtschaftler Professor Wilhelm Keilhan stellte kürzlich in «Norsk Pengehistorie» fest, daß die heute gültigen Devisenbestimmungen umgangen werden müssen, daß sonst Handel und Gewerbe erstickten würden.

Das Preisdirektorium hat ein Dekret erlassen, nach welchem die Preise für Häuser, Land und Bauland nicht höher sein dürfen als 1940. Das Ergebnis ist, daß praktisch fast keine Verkäufe ohne Extrabezahlung «unter dem Tisch» getätigt werden. Das ist öffentlich vom Finanzminister im Parlament festgestellt worden.

Die hohen Steuern haben eine allgemeine Steuerflucht zur Folge gehabt, die durch eine Kapitalregistrierung unmittelbar nach dem Krieg enthüllt wurde. Beiläufig sei erwähnt, daß diese Registrierung

zeigte, daß die Steuerflucht in armen Gemeinden gerade so allgemein war wie in anderen.

Die Regierung und ihre Wortführer betrachten die Steuerflucht, Vergehen gegen die Devisenbestimmungen und Kauf und Verkauf zu Marktpreisen (d. h. zu andern Preisen als denjenigen, die das Preisdirektorium festgesetzt hat) als besonders schwerwiegende Vergehen. Sie haben diese Vergehen «white-collar-crimes» getauft und bestehen auf besonders strenger Bestrafung der Sünder, gerade weil in den Augen der Öffentlichkeit gar keine Verbrechen vorliegen. Das mag andere Völker in Erstaunen setzen, aber die innere Logik der Sozialisierung — und die Annahme der von der Regierung festgesetzten Ziele — haben diese Ansicht über Verbrechen und Strafe zu etwas ganz Natürlichem gemacht.

Dauerregulierung und Preiskontrolle

Am Tage, an dem diese Abhandlung beendet wurde, hat die Vorlage über die dauernde Preisregulierung Gesetzeskraft erlangt. Es ist bezeichnend, daß diese Vorlage zu einer Zeit durchgedrückt wurde, in der andere Länder — sogar Großbritannien — die Preiskontrolle abschaffen.

Dieses neue permanente Preisgesetz ist mehr als bloß ein Gesetz zur Regulierung der Preise. Es gibt der Regierung absolute Macht über Handel, Industrie und Gewerbe. Der Staat hat nunmehr das Entscheidungsrecht über den Gegenwert für sämtliche Güter, alle Beiträge und Dienstleistungen, einschließlich jener der Wissenschaftler, der übrigen akademischen Berufsleute und der Künstler.

Es kann nun einem Geschäft das Recht verweigert werden, zu schließen oder auch nur seinen Betrieb einzuschränken. Gleicherweise — im umgekehrten Sinne — kann die Eröffnung neuer Unternehmen und der Ausbau bereits bestehender vom Staat verboten werden. Was für Kriterien bei diesen wichtigen Entscheidungen maßgebend sein sollen, ist nicht ganz klar. Regionaler Ausgleich und der Umfang der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gegenden können die bestimmenden Faktoren bilden. Spekulationen über die Rentabilität der Unternehmen werden kaum mitbestimmend sein. Die Labour-Regierung betrachtet auf jeden Fall Profite als privatkapitalistische Einrichtung mit scheelen Augen und als solche abstoßend und verdächtig.

Ein wichtiger Punkt im Sozialisierungsprozeß Norwegens ist schließlich die Tatsache, daß die Behörden Profite nicht als Maßstab einer vernünftigen Geschäftsführung betrachten, der anzeigt, ob die Ausgänge die Eingänge übersteigen, ob die Mittel nutzbringend verwendet oder ob sie verschleudert worden sind.